

<b>Vorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> FB 01/0463/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich Datum: 04.03.2024 Verfasser/in:
<b>Ratsanträge</b>		
<b>Ziele:</b>		
<b>Beratungsfolge:</b>		
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
13.03.2024	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin

**Erläuterungen:**

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

**Anlage/n:**

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge



Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Aachen  
Verwaltungsgebäude Katschhof  
Räume 137 – 139  
52058 Aachen  
Telephon: 0241 / 432 7244  
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Frau  
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt – Fax 432-8008  
52058 Aachen

Eingang bei FB01  
2 0. Feb. 2024

Nr. 417/18

Aachen, 20. Februar 2024

**RATSANTRAG**  
**Keine Bezahlkarte für Geflüchtete**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluss fassen:

*Die Stadt Aachen wird keine Bezahlkarte für Geflüchtete einführen und die bisherige Form der Auszahlung von Asylbewerberleistungen beibehalten.*

**Begründung**

Eine Bezahlkarte für Geflüchtete verletzt das grundlegende Recht eines Menschen auf Selbstbestimmung. Sie wirkt diskriminierend und kann für die Betroffenen zu demütigenden Erfahrungen führen. Darüber hinaus verletzt ein Bargeldentzug die Menschenwürde. Unsere Fraktion verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Stellungnahme von PRO ASYL vom 02.02.2024.

Mit freundlichen Grüßen

  
Leo Deumens

  
Nadine van der Meulen

**Anlage:** Auszug aus der Stellungnahme von PRO ASYL vom 02.02.2024

## Was bedeutet die Karte für die Betroffenen?

Die nun beschlossenen angeblichen Standards der Bezahlkarte sind keine Standards, sondern lediglich der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Bundesländer einigen konnten. Auf dieser Grundlage können die einzelnen Länder die Karte mit technischen Nutzungseinschränkungen versehen, müssen dies aber nicht.

Klar ist: Je mehr Beschränkungen auf der Bezahlkarte sind, desto drastischer greifen die staatlichen Maßnahmen in das Alltagsleben und die persönliche Freiheit der Betroffenen ein. Bei der Verhinderung von Überweisungen scheinen sich die Länder bereits auf die restriktivste Linie festgelegt zu haben. Fraglich ist noch, wie es um den Datenschutz der Karte und insbesondere um den Schutz vor Missbrauch der Daten und der Zugriffsmöglichkeiten durch die Behörden aussehen wird.

### Drei der größten Probleme sind folgende:

**Keine Überweisungen:** Die Bezahlkarte ist nicht mit einem Bankkonto verknüpft, eine Überweisungsmöglichkeit soll explizit ausgeschlossen sein. Überweisungen sind heutzutage aber unentbehrlich – etwa für einen Handyvertrag, für den Abschluss einer Haftpflichtversicherung oder manche kleine Einkäufe im Internet. Geflüchtete müssen insbesondere die Raten für ihre dringend benötigten Rechtsbeistände per Überweisung bezahlen können. Nicht alle Anwäl\*innen verfügen über ein Debitkartenterminal. Und dass die Geflüchteten jeden Monat zur Abbuchung oder zur Barzahlung zu ihrem Rechtsbeistand reisen, ist aufwendig und kostet wiederum Geld. Ohne Überweisungsmöglichkeit werden Geflüchtete aus einem wichtigen Bereich des Lebens ausgegrenzt und ihrer Selbständigkeit beraubt.

**Beschränkung von Bargeld:** Die Länder haben sich nicht einmal auf einen relevanten Mindestbetrag verständigt, der von den Betroffenen in bar abgehoben werden kann. Wer in Deutschland ohne Bargeld lebt und nur wenige Dinge in bestimmten Läden kaufen kann, verliert an Selbstbestimmung und macht demütigende Erfahrungen, etwa wenn der Euro für die öffentliche Toilette oder der Beitrag für die Klassenkasse fehlt. Beim Gemeindefest oder in der Schulcafeteria kann man mit der Bezahlkarte nichts kaufen.

Im Sozialrecht ist anerkannt, dass Menschen selbstständig wirtschaften und selbst entscheiden sollen, welchen Teil ihres Geldes sie wofür ausgeben. Eine Beschränkung des Bargeldbetrags schränkt die Verfügungsgewalt der Menschen über die selbstständige Gestaltung ihres Lebens ein. Letztlich greift ein Bargeldentzug in Verbindung mit einer beschränkten Zahlungsmöglichkeit der Geldkarte die Menschenwürde der Betroffenen an.

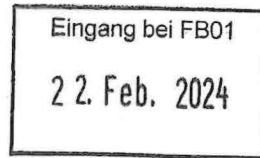
**Regionale Beschränkung:** Die Bezahlkarte kann so eingestellt werden, dass sie nur innerhalb eines bestimmten Postleitzahlenbereichs funktioniert. Die regionale Einschränkung der Karte stellt offenkundig den Versuch dar, die Freizügigkeit der Betroffenen durch die Hintertür zu beschränken: Wer Verwandte oder Freund\*innen besucht oder einen weiter entfernten Facharzt oder eine Beratungsstelle aufsuchen möchte, kann in ernste Schwierigkeiten geraten, wenn er\*sie nicht einmal eine Flasche Wasser kaufen kann.

Vollständige Stellungnahme unter <https://www.proasyl.de/news/bezahlkarte-ohne-standards-laender-vereinbaren-diskriminierungskonzept/>



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen



Nr. 418/18

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 03/2024 (Grüne)  
208/24 (SPD)

Aachen, 22.02.2024

### Ratsantrag

## Verlagerung der Sportflächen von SV Eilendorf und Arminia Eilendorf auf Deltourserb

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Die Fraktionen von Grünen und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Absprache mit den Vereinen SV Eilendorf und Arminia Eilendorf zu prüfen, ob eine Verlagerung der Flächen beider Vereine zu einem gemeinsamen Standort auf der Entwicklungsfläche Deltourserb möglich ist.

Außerdem soll geprüft werden, ob die dadurch frei werdenden Vereinsflächen für eine Wohnbebauung genutzt werden können.

### Begründung

Durch die enge Einbindung der beiden Sportvereine ins angrenzende Wohngebiet besteht vor allem in den Abendstunden eine zunehmende Lärmbelastung der Anwohner\*innen durch den Vereinsbetrieb. Durch eine Verlagerung der Sportflächen könnte diese Belastung reduziert werden und durch die Zusammenlegung der Flächen gleichzeitig Synergien entstehen.

Gleichzeitig ist auf der Entwicklungsfläche Deltourserb eine Wohnbebauung angedacht.

Diese Fläche ist jedoch durch die Emissionen der nahen Autobahn für die Wohnbebauung weniger attraktiv als die innerorts liegenden Flächen der Sportvereine.



Ein Tausch der Flächen erscheint daher gewinnbringend für beide Projekte.

Mit freundlichen Grüßen

Fynn Hangarter

*Sportpolitischer Sprecher GRÜNE*

Linus Offermann

*Sportpolitischer Sprecher SPD*

Sebastian Breuer

*Sprecher im Wohnungs- und  
Liegenchaftsausschuss Grüne*

Norbert Plum

*Planungspolitischer Sprecher SPD*

Silke Bergs

*Fraktionssprecherin BV Eilendorf Grüne*

Fabia Kehren

*Stv. Bezirksbürgermeisterin BV Eilendorf SPD*

Julia Brinner

*Fraktionssprecherin GRÜNE*

Michael Servos

*Fraktionsvorsitzender SPD*

Frau  
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt – Fax 432-8008  
52058 Aachen

Eingang bei FB01  
27. Feb. 2024

Nr. 419/18

Aachen, 27. Februar 2024

**RATSANTRAG:**

**Aachen tritt dem Globalen Netzwerk der WHO für altersfreundliche Städte und Gemeinden (WHO Global Network for Age-friendly Cities and Communities) bei**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt Aachen tritt dem „Globalen Netzwerk der WHO für altersfreundliche Städte und Gemeinden“ bei.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen einer Mitgliedschaft Aachens im „Globalen Netzwerk der WHO für altersfreundliche Städte und Gemeinden“ zu klären und einen Beitritt einzuleiten.
3. Die Verwaltung wird gebeten, hierzu zeitnah zu berichten.

**Begründung**

Das „Globale Netzwerk der WHO für altersfreundliche Städte und Gemeinden“ ist ein globales Netzwerk und eine Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Mitgliederstädte verpflichten sich, den Bedürfnissen älterer Menschen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurde 2010 gegründet. Die Basis bildet das Konzept „Aktiv Altern“ der WHO, mit dem die Rahmenbedingungen und Vorschläge für politisches Handeln definiert werden. <https://extranet.who.int/agefriendlyworld/>

Ziel ist die Schaffung eines weltweiten Netzwerkes von Städten und Gemeinden, die eine altersfreundliche Gestaltung anstreben, einen weltweiten

Austausch von Ideen, Fragen und Beispielen aus der Praxis u. a. zur Gestaltung des direkten Wohnumfelds der Bürgerinnen und Bürger vor dem Hintergrund demografischer Herausforderungen.

Die Städte und Regionen können ihre Maßnahmen und Initiativen hierzu im Rahmen des Netzwerkes darstellen und hierdurch auch Anregungen für die Gestaltung und Weiterentwicklung auch für andere Städte geben. Die Infos werden im „Global Database of Age-friendly Practices“ bereitgestellt. Aktuell sind 1.500 Städte und Gemeinden in 51 Ländern Mitglied im Netzwerk (<https://extranet.who.int/agefriendlyworld/who-network/>).

In Europa sind bereits weit über 100 Städte unterschiedlicher Größe dem WHO- Netzwerk beigetreten: von Stockholm, Göteborg, Oslo, Reykjavik, Amsterdam, Den Haag, Paris, London, Glasgow, Dublin, Straßburg, Brüssel, Bern, bis hin zu sehr vielen kleineren und mittelgroßen Städten gerade in Frankreich, Spanien, Portugal, Irland, Belgien, Skandinavien oder Polen. Dabei stehen in vielen Städten altengerechte und barrierefreie Stadt- und Quartiersgestaltung, Mobilität und Verweilmöglichkeiten, Unterstützungssysteme für Wohnung und Alltag, Gesundheitsprävention, selbstbestimmte Wohn- und Pflegeformen bis hin zu Begegnungs-, Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten im Fokus.

Während in Europa bereits eine Vielzahl von Kommunen diesem Netzwerk beigetreten sind, ist die Beachtung in Deutschland für eine Beteiligung an dem WHO-Netzwerk bisher leider noch gering ausgeprägt. In Nordrhein-Westfalen stehen wir somit noch am Anfang dieser Entwicklung. Bislang sind nur die Städte Radevormwald und Münster Mitglied des weltweiten Netzwerkes „Altersgerechter Städte“. Das sollte sich ändern.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Nadine van der Meulen

Ulla Epstein



Fraktion DIE Zukunft - Johannes-Paul-II.-Str. 1 - 52058 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus  
52058 Aachen

Eingang bei FBO

27. Feb. 2024

Nr. 420/18



Fraktion DIE Zukunft im Rat  
der Stadt Aachen  
Johannes-Paul-II.-Str. 1  
52058 Aachen

Aachen, 27.02.2024

## Ratsantrag Klimaverträgliche Kläranlage: Klärgasaufbereitung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion DIE Zukunft beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung soll gemeinsam mit dem WVER und weiteren relevanten Partnern eine Umrüstung der Kläranlagen im Stadtgebiet für die Klärgasaufbereitung zur Methanabscheidung untersuchen und ein Konzept erstellen, um die entstehenden Faulgase der Anlagen zur Gewinnung von Methan und Kohlenstoffdioxid aufzubereiten. Dazu sollen zunächst geeignete Standorte identifiziert und anschließend geprüft werden, welche ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen an diesen vorliegen. Sofern erforderlich, sollen Best-Practice Beispiele herangezogen werden. Es soll zudem die Flexibilisierung der Gasaufbereitung einbezogen werden, die die externe Energieversorgung der Kläranlage bei vorteilhaften Marktbedingungen des Strompreises berücksichtigt. Sofern weitere Standorte identifiziert werden können, an denen signifikante Mengen an Faulgas entstehen, sollen diese ebenfalls in die Untersuchung einbezogen werden.

### Ausführung:

Die Stadt Aachen hat sich durch die Unterzeichnung der Circular City Declaration durch die Oberbürgermeisterin verpflichtet, die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um von einer linearen zu einer Kreislaufwirtschaft überzugehen. Die Energie- und Wärmeenergiegewinnung basiert derzeit in Aachen zu großen Teilen auf fossilen und damit nicht zirkulären Energierohstoffen. Die Nutzung des Biomassepotenzials aus Faul- und Klärgas kann zu einer nachhaltigen und klimaverträglichen Versorgung mit (Energie-)Rohstoffen beitragen.

Die wichtigsten Gründe für die Nutzung von Faulgas sind:

1. Nutzung kohlenstoffhaltiger Energieträger mit hohem biogenem Anteil

Klärgas aus der Abwasserbehandlung besteht zu großen Teilen aus Methan (CH<sub>4</sub>) und Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) biogenen Ursprungs [Reijonen]. Dieses wird bisher meist auf den Standorten der Kläranlagen energetisch verwertet, um den Energiebedarf der Abwasserbehandlungsanlagen

zu decken. Mit dem Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe wird es zukünftig notwendig, kohlenstoffhaltige Brennstoffe aus sekundären Quellen zu gewinnen, um diese in thermischen Prozessen zu nutzen. CH<sub>4</sub> aus Klärgas kann mit etablierten technischen Verfahren (z.B. kryogene Fraktionierung oder Membrantrennung) abgetrennt und in das Erdgasnetz eingespeist werden. Dies ermöglicht eine Speicherung des Energierohstoffes mit konventionellen Technologien und vorhandenen Kapazitäten. [Bezirksregierung Düsseldorf]

## 2. Abscheidung von Kohlenstoffdioxid als Rohstoff

CO<sub>2</sub> kann bei ausreichend hoher Reinheit als Rohstoff eingesetzt werden. Dazu zählen die Anwendung in der Lebensmittelindustrie, in Gewächshäusern, als Kühlmittel oder die Synthese von Grundchemikalien. Derzeit wird CO<sub>2</sub> für diese Zwecke aus Erdgas und damit aus einem fossilen Rohstoff gewonnen. Dies ließe sich durch eine Abtrennung aus einer CO<sub>2</sub>-Punktquelle substituieren [Cogbill & Marsh].

## 3. Best Practice Beispiele

Bereits an anderen Standorten gibt es Anlagen für die Klärgasaufbereitung zur Gewinnung von CH<sub>4</sub> und CO<sub>2</sub> aus Klärwerken. Beispielhaft zu nennen sind der Standort Hamburg (Hamburg Wasser) [HZI] oder der Verbundstandort Krefeld (EGK).

## 4. Flexibilisierung und Methanspeicherung

Die Flexibilisierung kann maßgeblich für eine klimaverträgliche Nutzung des Faulgases sein. Um den Energiebedarf einer Gasaufbereitung zu decken, sollte möglichst nur Energie aus emissionsarmen Quellen genutzt werden. Dies ist meist in sonnen- und windreichen Monaten bei ausreichend hohen Mengen Strom aus regenerativen Quellen der Fall. Durch marktbedingte Kurschwankungen des Strompreises können sich dann wirtschaftlich besonders vorteilhafte Bedingungen für eine Gasaufbereitung ergeben, um einen kohlenstoffhaltigen Energieträger zu gewinnen (äquivalent zur Wasserstoffgewinnung oder Methanabscheidung aus Biogas der Biomassevergärung). Die Speicherung von abgediehem Methan kann dann dazu genutzt werden, um die Gasreserven in warmen Monaten aufzufüllen und diese zum Beispiel in kalten Heizperioden oder für die industrielle Produktion bei hohen Marktpreisen abzurufen. Dadurch kann aller Voraussicht nach die Wirtschaftlichkeit einer Faulgasaufbereitung erhöht und die Abhängigkeit von Erdgas reduziert werden.

## Quellennachweis

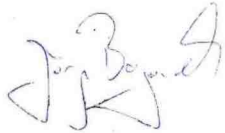
[Cogbill & Marsh] Cogbill, M. J.; Marsh G.P., The separation and disposal of carbon dioxide from power station flue gases, *Energy Conversion and Management* (33), 5–8, 1992.

[HZI] Hitachi Zosen Inova: Faulgas aus der Abwasserbehandlung für Hamburgs Energieversorgung, Pressemitteilung 2021.

[Reijonen] Reijonen, V. E.; Separating and recovering marsh gas. United States: N. p., 1980.

[Kolisch et al.] Kolisch, G.; Erbe, V.; Feldmann, N.; Studie zur Aufbereitung und Einspeisung von Faulgas auf kommunalen Kläranlagen, Bezirksregierung Düsseldorf (Hrsg.), 2010.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jörg Bogoczek'. The signature is stylized and somewhat cursive.

Jörg Bogoczek  
Umweltpolitischer Sprecher DIE Zukunft



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen

Eingang bei FB01  
01. März 2024

Nr. 427/18

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 04/2024 (Grüne)  
209/24 (SPD)

Aachen, 29.02.2024

### Ratsantrag

## Schulsozialarbeit weiterentwickeln

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Konzeption der Schulsozialarbeit aus dem Jahr 2012 in Zusammenarbeit mit den Schulen weiterzuentwickeln. In einem zweiten Schritt soll auf dieser Basis ein Modell entwickelt werden, aus dem sich die aktuellen und zukünftigen Bedarfe für die einzelnen Schulen und Schulformen transparent ableiten lassen.

### Begründung

Die Schulsozialarbeit ist inzwischen an allen Schulen in Aachen etabliert, sie ist ein unverzichtbarer Beitrag für den Schulerfolg vieler Schüler\*innen. Die Arbeit an Schulen ist einem stetigen Wandel ausgesetzt. Die Aufgaben der Schulsozialarbeit stellen sich heute durch die Krisen in der Welt und der veränderten Schüler\*innenschaft vollkommen anders dar als zu Beginn der Etablierung von Schulsozialarbeit in Aachen in den 1990er Jahren und der erneuten Konzeptionierung zwischen 2009 und 2012.

Die Anzahl der Personalstellen und Schulsozialarbeitsangebote sowie Angebote anderer Professionen sind in den letzten Jahren kontinuierlich in Aachen erweitert worden.

In diesem Gesamtkontext soll die Sozialarbeit an Aachener Schulen mit dem Ziel weiterentwickelt werden, die hohe Qualität in der Begleitung der Schüler\*innen zu erhalten und gleichzeitig eine angemessene Verteilung der Ressourcen zwischen den Schulen, Schulformen und Sozialräumen zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Pola Heider

Bildungspolitische Sprecherin GRÜNE

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Sebastian Becker

Bildungspolitischer Sprecher SPD

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD



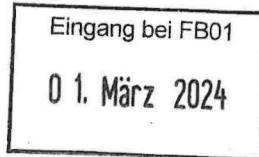
Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 05/2024 (Grüne)  
210/24 (SPD)

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen



Nr. 422/18

Aachen, 01.03.2024

#### Ratsantrag

### Aachen auf dem Weg zur Klimaneutralität: Energiekonzepte für CO<sub>2</sub>-neutrale Gewerbegebiete

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

#### Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, Konzepte für die zukünftige CO<sub>2</sub>-neutrale Energie- und Wärmeversorgung bestehender Gewerbegebiete bzw. eine Untersuchung der Potentiale erstellen zu lassen. Dabei sollen zunächst die drei Gebiete „Pascalstraße“ in Oberforstbach, „Aachen Nord“ und „Rothe Erde“, inkl. dem ehemaligen Conti-, Gates- und Hutchinson-Gelände, priorisiert werden.

#### Begründung

Die notwendige Transformation zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Energie- und Wärmeversorgung stellt die Industrie vor große Herausforderungen. Innerhalb weniger Jahre werden die Unternehmen ihre gesamten Anlagen und Produktionsprozesse umstellen müssen, was oftmals mit einer hohen Komplexität einhergeht. Um den Industriestandort Aachen zu stärken und zukunftsfest aufzustellen, sollte die Stadt Aachen die ansässigen Unternehmen bei der Transformation bestmöglich unterstützen.

Bei der Umstellung auf eine dekarbonisierte Energie- und Wärmeversorgung ist es sinnvoll, nicht nur jeden Betrieb für sich, sondern ganze Gewerbegebiete integriert zu betrachten. Viele zukünftige erneuerbare Wärmequellen wie bspw. mittlere Tiefengeothermie, Biomassekraftwerke oder ein



Anschluss an die Fernwärme sind vor allem dann wirtschaftlich zu betreiben, wenn sie ein ganzes Gewerbegebiet versorgen.

Im Rahmen der Erstellung von Energiekonzepten soll daher untersucht werden, welche Bedarfe die verschiedenen Betriebe haben und welche klimaneutralen Wärmequellen sich für die jeweiligen Gebiete eignen. Darüber hinaus sollen auch die Abwärmequellen sowie Energieeinsparpotentiale in den Gebieten betrachtet und in die Energiekonzepte integriert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Dr. Heike Wolf

Umweltpolitische Sprecherin SPD

Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Eingang bei FB01

01. März 2024

Nr. 423/18

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

**Antrag Nr.06/2024 (Grüne)  
211/24 (SPD)**

Aachen, 01.03.2024

#### Ratsantrag

## Die Klimawende sozial gerecht gestalten: Neuausrichtung des Solar-Förderprogramms

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen der GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

#### Beschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das erfolgreiche Aachener Solar-Förderprogramm mit einem Fokus auf soziale Gerechtigkeit neu auszurichten. Ziel der Neuausrichtung soll es sein, mit der Förderung zukünftig insbesondere einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Ein besonderer Fokus könnte dabei bspw. darauf gelegt werden, Inhaber\*innen des Aachen-Passes die Installation von sogenannten Balkonkraftwerken zu ermöglichen oder sie bei der Anschaffung energiesparender Geräte zu unterstützen.

- Die Abwicklung der Förderung von solartechnischen Anlagen und Beratungsleistungen soll auf ihre Leistungsfähigkeit hin überprüft werden und ggf. mithilfe bestehender Strukturen und Akteuren wie der Klima-Agentur und Altbau-Plus unterstützt und vereinfacht werden.

## Begründung

Die Nutzung von Photovoltaik auf Dächern ist einer der wichtigsten Bausteine für den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung in Aachen. Zur Beschleunigung des Ausbaus hat die Stadt seit einigen Jahren ein Förderprogramm aufgelegt, das so gut nachgefragt wurde, dass die für das Jahr 2023 zur Verfügung stehenden Mittel bereits im August ausgeschöpft waren. Vor allem Eigentümer\*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern profitierten von der Förderung.

Aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen wie z.B. angepasster Förderkulissen, sich verändernder Landes- und Bundesgesetzgebung, steigender Strompreise und fallender Preisen für PV-Module wird dieses Programm regelmäßig von der Verwaltung evaluiert. Im Rahmen der letzten Evaluierung im Jahr 2023 kam die Verwaltung zu dem Ergebnis, dass eine Förderung von PV-Anlagen auf Ein- und Zweifamilienhäusern wirtschaftlich nicht mehr notwendig ist und vermehrt zu Mitnahmeeffekten führt. Aus diesem Grund soll der Fokus der Förderung mit der Wiederaufnahme des Förderprogramms verschoben werden.

Die hier beauftragte Neuausrichtung der Solarförderung zielt insbesondere darauf ab, finanzschwache Haushalte durch eigene Balkonkraftwerke oder durch die Förderung der Anschaffung energiesparender Geräte stärker an den Erfolgen der Energiewende teilhaben zu lassen und angesichts der stark gestiegenen Strompreise zu entlasten. Um dies möglichst einfach prüfen und umsetzen zu können, sollte die Förderung an den Besitz des AachenPass geknüpft werden, wie es beispielsweise bei den Förderungen der Städte Köln und Heidelberg umgesetzt wird.<sup>12</sup>

Um die Hürden möglichst gering zu halten, sollen die Unterstützungsberechtigten nach Möglichkeit mit einem Großteil der Anschaffungskosten unterstützt werden und nur einen geringen Eigenanteil beitragen müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE



Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD



Dr. Heike Wolf

Umweltpolitische Sprecherin SPD

<sup>1</sup> <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/klima-umwelt-tiere/klima/photovoltaik-klimafreundliches-wohnen>

<sup>2</sup> [https://www.heidelberg.de/hd/HD/Leben/foerderbaustein+\\_photovoltaikanlagen\\_.html](https://www.heidelberg.de/hd/HD/Leben/foerderbaustein+_photovoltaikanlagen_.html)





Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 07/2024 (Grüne)  
212/24 (SPD)

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen

Eingang bei FB01  
01. März 2024

Nr. 424/18

Aachen, 01.03.2024

#### Ratsantrag

### Aachen auf dem Weg zur Klimaneutralität: Kommunikationsstrategie zur Wärmewende

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion der GRÜNEN und der SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

#### Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kommunikationsstrategie über die Wärmewende in Aachen entwickeln zu lassen und umzusetzen. Neben den für die Bürger\*innen relevanten Änderungen von EU- und Bundesgesetzgebung sollen so der Prozess und die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung transparent gemacht werden. Die Strategie soll von FB 13 bearbeitet, nötigenfalls an einen externen Partner ausgeschrieben und nach den fachlichen Vorgaben des FB36 erstellt werden.

#### Begründung

Im Bereich der zukünftigen Wärmeversorgung kommen große Veränderungen auf die Menschen in Aachen zu: Öl- und Gasheizungen müssen durch Wärmepumpen oder Fernwärme ersetzt werden, Häuser gedämmt werden, Solarthermieanlagen können Heizungssysteme oftmals gut ergänzen. Um dem notwendigen Umstieg einen rechtlichen Rahmen zugeben, wurden auf Bundesebene in den letzten Monaten mit der Reform des Gebäudeenergiegesetzes weitreichende und richtungsweisende Änderungen für die zukünftige Gestaltung der Wärmeversorgung beschlossen. Ziel ist es, die Wärmeversorgung in Deutschland bis 2045 vollständig zu dekarbonisieren.

Die Stadt Aachen unterstützt die Transformation der Wärmewende bereits seit einigen Jahren mit einem umfangreichen Sanierungsförderprogramm, einem Beratungsangebot bei AltbauPlus sowie der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung. Darüber hinaus wird aktuell eine Aachener Klima- und Energieagentur aufgebaut, welche die Wärmewende weiter vorantreiben soll.

Da die Transformation der Wärmerversorgung komplex ist und es für jedes Gebäude individueller Lösungen bedarf, sind viele Menschen aktuell verunsichert. Vielen ist unklar, welches Heizungssystem sie für ihr Gebäude zukünftig nutzen können, wo sie Beratung und Handwerker\*innen für eine anstehende Sanierung finden oder wann das eigene Haus an die Fernwärme angeschlossen werden wird. Daher ist es essentiell, dass kompakt und gut aufbereitet über die Wärmewende kommuniziert wird. Die Stadt soll zu diesem Zweck eine Kommunikationsstrategie erstellen lassen, die sowohl die Notwendigkeit und die Vorteile der Wärmewende aufzeigt als auch konkrete Hilfestellungen und Informationen an die Bürger\*innen vermittelt, z.B. über Beratungsangebote, Förderprogramme und die Suche nach Handwerksbetrieben.

Im Rahmen der Strategie soll evaluiert und aufgezeigt werden, mit welchen Elementen am effektivsten mit den Bürger\*innen über die Wärmetransformation kommuniziert werden kann, beispielsweise über persönliche Anschreiben an Hausbesitzer\*innen, Erklärfilme, eine Homepage, Plakate, Kommunikation über Social Media oder Veranstaltungsangebote.

Mit freundlichen Grüßen



Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE



Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD



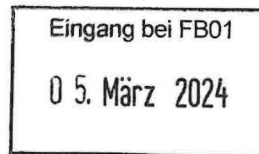
Dr. Heike Wolf

Umweltpolitische Sprecherin SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen



Nr. 425/18

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 08/2024 (Grüne)  
213/24 (SPD)

Aachen, 05.03.2024

### Ratsantrag

## Spielplätze in Lichtenbusch ertüchtigen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum schnellstmöglichen Zeitpunkt die Spielplätze Raerener Straße und Holunderweg mit den folgenden Maßnahmen zu ertüchtigen:

1. Herstellung einer barrierefreien Zuwegung zum Spielplatz Raerener Straße (Fußwege vom Lichtenbuscher Weg in Richtung Raerener Straße und vom Lichtenbuscher Weg zum Anna-Roles-Kindergarten) und als kurzfristige Notfallmaßnahme: Aufschotterung der Zuwegung.
2. Einbau einer Entwässerung am Spielplatz Holunderweg.

### Begründung

Die Spielplätze Raerener Straße und Holunderweg in Aachen-Lichtenbusch wurden im Jahr 2022 um- bzw. neugestaltet.

Dabei wurden im Falle des Spielplatzes Raerener Straße die vorhandene Fußwege nicht witterungs- fest gestaltet, sodass diese nach starker Witterung regelmäßig unter Wasser stehen und entsprechend nicht nutzbar sind. Dies schränkt ebenfalls die Barrierefreiheit (z.B. Nutzung des Weges mit Rollstühlen, Kinderwagen) erheblich ein.

Im Falle des Spielplatzes Holunderweg wurde keine Drainage eingebaut, was dazu führt, dass der Spielplatz nach starker Witterung unter Wasser steht und nicht nutzbar ist.



In beiden Fällen müssen die vorhandenen Mängel schnellstmöglich beseitigt werden, um eine möglichst optimale Nutzung der Spielplätze zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

*Fraktionssprecher GRÜNE*

Michael Servos

*Fraktionsvorsitzender SPD*

Karin Schmitt-Promny

*Kinder- und jugendpolitische Sprecherin GRÜNE*

Tobias Tillmann

*Kinder- und jugendpolitischer Sprecher SPD*



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen

Eingang bei FB01  
06. März 2024

Nr. 426/18

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 09/2024 (Grüne)  
214/24 (SPD)

Aachen, 06.03.2024

### Ratsantrag

## Förderung ökologischer Projekte in Kleingartenvereinen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem "Stadtverband Aachen der Familiengärtner e.V." einen jährlichen Zuschuss i.H.v. 10.000 Euro zu gewähren.

Der Zuschuss ist zur Unterstützung ökologisch sinnvoller Projekte oder Auslobung von Wettbewerben mit ökologischer Zielsetzung in den Kleingärten auf dem Gebiet der Stadt Aachen zu verwenden. Die Verwendung soll einer möglichst großen Anzahl von Gartenkolonien zugutekommen und ist jährlich im Umweltausschuss zu berichten.

### Begründung

Kleingartenkolonien ermöglichen vielen Familien den Traum vom eigenen Garten in Stadtnähe. Sie dienen als Naherholungsgebiet und kreativer Freiraum und sind Spiel- und Lernwiese für Kinder. Darüber hinaus sind die Flächen Lebensraum für Tiere und Pflanzen und haben eine klimatische Ausgleichsfunktion. Der jährliche Zuschuss an den Stadtverband der Familiengärtner dient der Förderung gemeinschaftlicher ökologischer Initiativen und Projekte.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

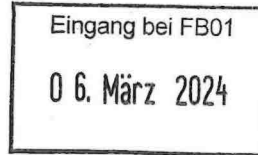
Dr. Heike Wolf

Umweltpolitische Sprecherin SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen



Nr. 427/18

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 10/2024 (Grüne)  
215/24 (SPD)

Aachen, 06.03.2024

### Ratsantrag

## Immaterielles Kulturgut Karneval stärken

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss Aachener Karneval (AAK) ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit dieser damit ein Konzept zur Förderung des immateriellen Kulturerbes Karneval in Aachen entwickeln kann. Der Schwerpunkt soll auf der Entwicklung kleinerer Karnevalsvereine und die Förderung ehrenamtlichen Engagements liegen. Die Bedarfe der Karnevalsvereine sollen mit wissenschaftlicher Begleitung erhoben werden.

Die nötigen Finanzmittel werden mit dem Beschluss des Haushaltes 2024 bereitgestellt.

### Begründung

Im Jahr 2014 wurde der Rheinische Karneval mit all seinen lokalen Varianten von der UNESCO als immaterielles Kulturerbe anerkannt. Der Aachener Karneval ist ein Kulturerbe und Brauchtum, das in starkem Maße von ehrenamtlichem Engagement abhängt. Die Karnevalsvereine stehen dabei – auch nach den Einschränkungen der Corona-Pandemie – vor verschiedenen Herausforderungen, wie die demographische Entwicklung der Mitglieder, fehlende Räumlichkeiten oder steigende Energie- und Veranstaltungskosten.



Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sollen die Bedarfe der Karnevalsvereine in Aachen erhoben und ein Konzept zu deren Förderung erarbeitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

*Fraktionssprecher GRÜNE*

Michael Servos

*Fraktionsvorsitzender SPD*

Silke Bergs

*Kulturpolitische Sprecherin GRÜNE*

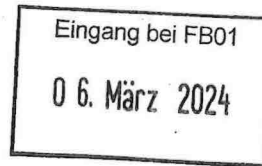
Tobias Tillmann

*Kulturpolitischer Sprecher SPD*



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen



Nr. 428/18

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)  
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 11/2024 (Grüne)  
216/24 (SPD)

Aachen, 06.03.2024

### Ratsantrag

## Erstellung eines Konzepts zur energetischen Sanierung der Haarbachtalhalle

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverwaltung Aachen wird beauftragt, ein umfassendes Konzept zur energetischen Sanierung der Haarbachtalhalle in Aachen-Haaren zu erstellen. Die Sanierung soll darauf abzielen, die Energieeffizienz der Halle zu verbessern, den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren und langfristig die Betriebskosten zu senken.

### Begründung

Die Haarbachtalhalle ist eine bedeutende Einrichtung für die Bürgerinnen und Bürger von Aachen-Haaren und Umgebung. Sie wird für vielfältige sportliche, kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen genutzt und ist somit ein wichtiger Bestandteil des kommunalen Lebens. Jedoch ist bekannt, dass die energetische Effizienz der Halle verbessert werden kann, um den Energieverbrauch zu senken und die Umweltbelastung zu verringern.

Die Erstellung eines Konzepts zur energetischen Sanierung der Haarbachtalhalle bietet mehrere Vorteile:

**Energieeinsparungen:** Durch die Sanierung können der Energieverbrauch und die Betriebskosten der Halle deutlich gesenkt werden. Dies ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern trägt auch langfristig zur finanziellen Entlastung der Stadt bei.

**Umweltschutz:** Eine energetische Sanierung trägt dazu bei, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Halle zu reduzieren und somit einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dies ist ein wichtiger Schritt im Rahmen der kommunalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels.





Modernisierung und Werterhalt: Eine energetische Sanierung verbessert nicht nur die Energieeffizienz, sondern kann auch dazu beitragen, die Haarbachtalhalle insgesamt zu modernisieren und ihren Wert als gemeindliche Einrichtung zu erhalten oder sogar zu steigern.

Angesichts dieser Vorteile und der Bedeutung der Haarbachtalhalle für die lokale Gemeinschaft ist es angebracht, ein detailliertes Konzept zur energetischen Sanierung zu erstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD